

Kirchen selbst hineinreichen. Das Bild eines marxistischen oder rein technokratisch geführten Europa erscheint ebenso am Horizont wie die Zuspitzung von Rassenkonflikten und die Ausbreitung radikaler Regime und kirchenfeindlicher Diktaturen in der Dritten Welt. Die fort-dauernde Verunsicherung in den Kirchen selbst tut ein übriges.

Der Zeitpunkt der Godesberger Versammlung war günstig. Kardinal Döpfner war erst wenige Tage vorher mit frischen Eindrücken von einer dreiwöchigen Reise in mittel- und südafrikanische Länder zurückgekehrt. Es war deshalb kein Wunder, daß er einen großen Teil seiner Rede vor dem ZdK seiner Afrikareise und dem „Dienst in der Weltkirche“ widmete. Standen aber die Ausführungen des Kardinals in diesem Teil seiner Rede, von einer kurzen Europa-Passage abgesehen, ganz im Zeichen der Kooperation mit den Kirchen der Dritten Welt, so hatte sich Minister Vogel in seinem „Bericht zur Lage“ wie schon auf der Herbstvollversammlung 1975 nochmals sehr nachdrücklich der *europäischen Zusammenarbeit* zugewandt. Unter

Anspielung auf die Bemühungen politischer Parteien um europäische Zusammenschlüsse bzw. Organisationsformen forderte er die Katholiken auf, endlich „Strukturen“ zu schaffen, die geeignet sind, ihren gesellschaftspolitischen Beitrag für Europa einzubringen. Es müsse sich auf europäischer Ebene jetzt „ein ähnlicher Prozeß vollziehen, wie wir ihn aus der Geschichte des deutschen Katholizismus, aber auch aus der katholischen Laienbewegung anderer Länder seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts kennen“. Zugleich ermunterte er die Bischofskonferenzen zu einer Intensivierung ihrer Zusammenarbeit. Vogel schienen auf europäischer Ebene in erster Linie „Kontakte zu den Strukturen“ vorzuschweben. Es fragt sich, ob der Kontakt über gemeinsam entstehende Themen nicht der richtigere und erfolgreichere Weg wäre als die Schaffung europäischer Superstrukturen. Daß die Zusammenarbeit vor allem in gesellschaftspolitischen, aber auch in den kirchlichen Fragen verstärkt werden muß, darüber bestand allseits Einigkeit. Döpfner pflichtete bei: „Die Zeit drängt.“

D. A. Seeber

Vorgänge

Italien: Christen für den Kommunismus

Zwei Monate lang blickte die europäische Öffentlichkeit, jedenfalls soweit nicht mit Kommunisten oder mit Volksfronten sympathisierend, mit sehr viel mehr Sorge als mit Erwartung auf Italien. Der Wähler hatte es in der Hand, die Kommunisten so weit zu stärken und die führende christlich-demokratische Partei so weit zu schwächen, daß letztere auf Dauer einer Majorisierung durch Kommunisten und Linkssozialisten nicht hätten entgegen können. Manche haben sogar eine absolute Mehrheit von Kommunisten und Sozialisten erwartet. Beides ist nicht eingetroffen. Die Italiener haben nach einem Wahlkampf, der notgedrungen und zum Teil gegen den erklärten und wirklichen Willen der politischen Führer zu einem *Wahlkampf der Konfrontation* wurde, zweierlei bestätigt: daß sie sich im Zweifel doch für ein mittleres Chaos in Freiheit anstatt für eine Partei entscheiden, die zwar um demokratische

Glaubwürdigkeit wirbt, aber Befürchtungen vor einem Umschlag ins Totalitäre nicht zu zerstreuen vermag, und daß dieselben Italiener als ausgeprägte „Traditionalisten“ ihren Parteien jeweils in erstaunlicher Kontinuität die Treue halten. Dies gilt allerdings diesmal nur für die DC, die ihre Position von 1972 mit 38,7 Prozent wieder zurückgewinnen konnte. Die KPI machte mit 34,4 Prozent nochmal einen beträchtlichen Sprung nach vorne, und die kleinen Parteien mit Ausnahme der Republikaner wurden fast halbiert. Damit bleiben die Sorgen um die Regierbarkeit des Landes. Und es bleiben auch die Zweifel, ob die DC, jetzt noch einmal stärker in Verantwortung genommen, die Kräfte und die Partner für die politische Sanierung des Landes findet. Aber die Angst vor einem kommunistisch regierten oder entscheidend mitregierten Mittelmeerstaat mit allen innen- und außenpolitischen Folgen ist fürs erste gebannt.

Fast ein politisches Kuriosum

Ein für nordeuropäische Verhältnisse eher merkwürdiger Vorgang, über den wir bereits im letzten Heft kurz berichtet haben – wer ihn nur von außerhalb betrachtet, wird ihn fast als politisches Kuriosum einstufen –, hat immerhin zu einem Dauerergebnis geführt. Denn das halbe Dutzend katholischer Kandidaten, die *als Unabhängige auf der Liste der Kommunisten* kandidiert hatten, wird künftig im römischen Senat bzw. in der Abgeordnetenversammlung sitzen. Obwohl fast alle Parteien um neue Öffnungen bemüht waren und deshalb Unabhängige favorisierten – PCI und DC stellten beide etwa bis zu 10 Prozent Unabhängige auf –, hatten gerade diese Kandidaturen auf der kommunistischen Liste Aufsehen erregt, übrigens in Italien selbst beträchtlich mehr als die des Europakommissars *Altiero Spinelli*.

Dies und die beträchtliche Irritiertheit der kirchlichen Hierarchie in Italien und im Vatikan waren kaum verwunderlich. Für Italien ist das Phänomen zwar nicht ganz neu; auch zur Zeit der Konstituente gab es Katholiken mit kommunistennaher Tendenz, zudem haben die jetzt Kandidierenden bzw. Gewählten immer erklärt, keine Kommunisten, auch keine Marxisten zu sein, sondern „lediglich“ politisch die Kommunisten zu unterstützen, ohne als Unabhängige sich mit der Partei als ganzer identifizieren zu müssen oder dem Fraktionszwang zu unterliegen. Aber es ist – soweit wir es überblicken können – in letzter Zeit das erste Mal, daß Katholiken in einem nichtkommunistisch regierten Land ohne Zwang oder ohne äußeren Druck sich zu einer so weitgehenden Mitarbeit mit den Kommunisten bereit finden; denn anders als bei den verschiedenen Bewegungen „Christen für den Sozialismus“, die in den letzten Jahren zunächst in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern entstanden sind und die jetzt auch in Lateineuropa Platz greifen, geht es hier nicht um eine vage Anhängerschaft an sozialistische Ideale oder um Übernahme marxistischer Methoden der sozialen Analyse und Veränderung, auch nicht um ein forciertes Gespräch zwischen „linken“ Christen und Marxisten, sondern um die direkte politisch verantwortliche Mitarbeit mit einer starken kommunistischen Partei. Der Vorgang könnte nicht ohne Signalwirkung bleiben. Nicht zufällig hat zur gleichen Zeit der französische KP-Chef Georges Marchais den Christen besondere Avancen gemacht, auf die der französische Episkopat entschiedener, als er es in politisch-ideologischen Fragen bisher zu tun pflegte, und mit deutlicher Ablehnung reagiert hat (vgl. ds. Heft S. 379).

Für die kirchliche Hierarchie und für den Vatikan ist das ganze doppelt betrüblich, weil es gewissermaßen vor seinen Toren geschieht. Hinzu kommt, daß es sich bei den Betreffenden nicht um Randkatholiken oder „gewöhnliche“ Kirchgänger handelt, sondern um einstige Bannerträger der konziliaren Erneuerung und um Leute, die z.T. in kirchenamtlichen Aufträgen

und Funktionen engagiert sind. *Raniero La Valle*, der ehemalige Chefredakteur des später mit dem Mailänder „Avvenire“ zwangsfusionierten „Avvenire d'Italia“, kandidierte in einem Senatswahlkreis in Rom und wurde gewählt. *Mario Gozzini*, bekannt als Autor eines Buches zur Konzilsvorbereitung und (aus den letzten Jahren) über den Dialog zwischen Christen und Marxisten, ist u.a. Mitglied der katechetischen Kommission der italienischen Bischofskonferenz und Mitverfasser des neuen italienischen Katechismus. (Dessen Kandidatur veranlaßte die DC im Gegenzug und auf ausdrückliche Intervention des Politischen Sekretärs der Partei, *Benigno Zaccagnini*, den 72jährigen ehemaligen Bürgermeister von Florenz, *Giorgio La Pira*, aus früheren Jahren ebenso bekannt als enger Verbündeter *Aminatore Fanfanis* wie als religiöser Enthusiast und als politisch-eschatologischer Schwärmer, nach langen Jahren politischer Abstinenz wieder auf ihre Liste zu setzen.) Und neben dem ehemaligen Chefredakteur des DC-Parteiorgans „Il Popolo“, *Piero Pratesi*, und dem Waldenser-Pfarrer *Tulio Vinay* gehörte auch der bekannte Kirchenhistoriker *Carlo Brezzi* zur gleichen Gruppe. Und der ebenso bekannte Kirchenhistoriker und Direktor des religionswissenschaftlichen Instituts in Bologna, *Giuseppe Alberigo*, das während des Konzils sowohl dem Bologneser Episkopat wie dem „Avvenire“ zuarbeitete, nahm zwar eine ihm angebotene Kandidatur nicht an, rechtfertigte und unterstützte den Schritt der Gruppe aber öffentlich.

Schließlich mußte ein solcher Vorgang auch *innenpolitisch* beträchtlichen Staub aufwirbeln. Denn nach einem Bericht des „Corriere della Sera“ kam die Anregung zu den Kandidaturen aus einer um das Gespräch mit Katholiken bemühten Gruppe um den Kommunisten *Ingrao*. *Ingrao* steht aber für jene Richtung im PCI, die den angestrebten „Historischen Kompromiß“ nicht als Bündnis mit der DC als Gesamtpartei interpretiert, sondern als Werben um bzw. als Zusammengehen mit deren linkem „Arbeiter“-Flügel. Offenbar waren über *Raniero La Valle* als Ver-

mittlungsmann Versuche in Gang gesetzt worden, eine breitere Basis in dieser Richtung durch eine größere Zahl von unabhängigen Kandidaturen von Aclisten (Katholische Arbeiterbewegung) und katholischen Gewerkschaftern zu schaffen. Dieser breiter angelegte Versuch scheint aber gescheitert zu sein. Wenn also auch nur eine kleine Gruppe von Intellektuellen übrigblieb, so zeigt dieser Versuch doch, daß das Unternehmen auch für die DC von vornherein nicht ungefährlich war. Dennoch äußerten sich DC-Politiker zwar durch klare Distanzierung, aber zurückhaltend. *Zaccagnini* selbst erklärte noch am Vorabend vor der Wahl in einem Gespräch mit dem „Corriere della Sera“ (18.6.76): Er habe tiefen Respekt gegenüber „Themen“, die zu Gewissensfällen führten. Mit der politischen Entscheidung könne er freilich nicht einverstanden sein und er glaube auch nicht, daß ein solcher Schritt hilfreich sei für die Gewinnung neuer Beziehungen zu den anderen Parteien, besonders nicht für die Beziehungen zwischen DC und PCI. Womit *Zaccagnini* vermutlich andeuten wollte, was zwar nicht das Hauptmotiv, wohl aber neben ideologischen Verwandtschaften zuletzt den Ausschlag für die Kandidaturen gab: die subjektive Enttäuschung über die ausgebliebene „Erneuerung“ der DC oder über den erwarteten, aber ausgebliebenen Kurswechsel im Sinne einer weiteren Öffnung nach links. Die Berufung *Fanfanis* an die Spitze des Nationalrates der DC war für sie eines der sicheren Zeichen gestoppter Reformen.

Reaktion des Papstes und der italienischen Bischöfe

Weniger zurückhaltend reagierten der Vatikan und die *italienischen Bischöfe*. Man überließ es nicht, wie bei Konflikten kleineren Ausmaßes sonst üblich, dem „Osservatore Romano“, zu mahnen, zu warnen und zu bedauern, wemgleich dieser selbst während des Wahlkampfes eine ganze Serie politischer und theologischer Artikel zu dem Vorgang publizierte und insbesondere an die *Grenzen des Pluralis-*

mus von Katholiken erinnerte, wenn diese politisch und religiös glaubwürdig bleiben wollten. Obwohl acht Tage später die italienische Bischofskonferenz ihre Vollversammlung abhielt, griff das Präsidium der Bischofskonferenz bereits am 11. Mai mit einer Erklärung ein. Diese stellte dreierlei fest: 1. Es komme angesichts der Wahl darauf an, trotz vielerlei Schwierigkeiten, Irrtümer und Verfehlungen auf die (noch) vorhandenen Energien für einen Wiederaufschwung zu vertrauen und anlässlich der Wahl nicht abseitszustehen. 2. Die Katholiken, die besonders empfänglich seien für die politischen Erfordernisse des Augenblicks, sind aufgefordert, politische Entscheidungen zu vermeiden, die in offenem Gegensatz zur christlichen Botschaft stehen und die kirchliche Gemeinschaft verletzen können. 3. Die Christen möchten ihre Energien nicht streuen und ihre moralischen und bürgerlichen Verpflichtungen gemeinsam bezeugen (vgl. *Osservatore Romano*, 12. 5. 76). Im Klartext also eine deutliche Aufforderung, die DC zu wählen. Tags darauf spielte der Papst in einer der üblichen Mittwochsgeneralaudienzen auf die „eigenen Hausgenossen“ an, „die sich gegen uns gekehrt haben“, und sprach, ohne sich freilich direkt auf die Gruppe zu beziehen, von „Verrat“. Zu Beginn der Vollversammlung der Bischöfe am 18. Mai verschärfte der Vorsitzende der Konferenz, Kardinal Antonio Poma (Bologna), die ursprüngliche Stellungnahme des Präsidiums: Angesichts zahlreicher Anfragen, die durch das irritierende Verhalten einiger Katholiken hervorgerufen worden seien, erinnerte der Kardinal von neuem „an die theoretische und praktische Unvereinbarkeit zwischen Christentum und atheistischem Kommunismus und folglich zwischen dem Bekenntnis des christlichen Glaubens und der Zustimmung, der Begünstigung oder der Unterstützung einer authentischen marxistischen Bewegung, auch wenn man angibt, deren Ideologie nicht zu teilen“. Angesichts des „aufsehenerregenden Kontrastes zu der oberhirtlichen Weisung“ sehe er sich außerdem gezwungen, „alle, die nach bürgerlicher Ermahnung eng an dem Vorhaben

festzuhalten gedenken, einzuladen, die Gesetze in Betracht zu ziehen, die mit innerer Logik die kirchliche Gemeinschaft und ihre Verletzung regeln“ (*Osservatore Romano*, 19. 5. 76). Was in der ersten Erklärung nur eben angedeutet war, wurde hier, wohl auf Druck des Papstes zwar kompliziert umschrieben, aber deutlich ausgesprochen: der Hinweis auf das *Kommunismus-Dekret des Heiligen Offiziums von 1949*, das diejenigen mit automatischer Exkommunikation belegte, die der Kommunistischen Partei beitreten oder sie offen unterstützen.

Auch der Papst ging in seiner Rede vor der Bischofskonferenz (vgl. *Osservatore Romano*, 22. 5. 76) unter Hinweis auf „eine antireligiöse und antikirchliche und deshalb letztendlich antihumane ‚Konstante‘, die leider immer noch in wohlbekannten geistigen und praktischen Bewegungen unverändert anzutreffen ist“, auf das Verhältnis Christentum und Kommunismus und auf die Wahlen vom 20. Juni ein. Als Resümee stellte Paul VI. fest: ihm bleibe gar nichts anderes übrig, als die Hinweise des Vorsitzenden der Bischofskonferenz zu bestätigen: „Und zwar erstens: Es ist nicht erlaubt, sich der Wahlpflicht zu entziehen, wenn an sie ein Treuebekenntnis zu unverzichtbaren Grundsätzen und Werten gebunden ist, auch wenn unter gewissen Gesichtspunkten und in einigen Fällen ihre vollständige Vertretung diskutabel erscheint. Und zweitens: Noch um so weniger scheint uns mit der bürgerlichen, moralischen, sozialen und religiösen Pflicht übereinzustimmen und deshalb tolerierbar zu sein, daß jemand seine Zustimmung einer politischen Richtung gibt – besonders, wenn er es öffentlich tut –, die aus ideologischen Gründen und aus geschichtlicher Erfahrung unserer religiösen Lebensauffassung radikal ablehnend gegenübersteht.“ Der Papst schloß mit dem Dantezitat: „Amor mi mosse, che mi fa parlare“ – „Liebe war's, die mich zum Reden zwang“, nicht Zorn, nicht Eifersucht, nicht Angst. Die übergeordneten Motive und Interessen, die zu dieser doppelten Position führten, seien allen bekannt. Ihm bleibe nur, die „überein-

stimmende und mutige Einmütigkeit“ der Bischöfe zu bekräftigen.

Die Beratungen in der Bischofskonferenz schienen aber trotz nachträglicher Dementis keineswegs einmütig verlaufen zu sein, wobei man sich wohl in der Sache, nicht aber über die Härte der Formulierung einig war. Das Ergebnis war eine recht gewunden formulierte und mit Zitaten aus den vorausgegangenen Erklärungen gespickte Passage in einem längeren, erst Tage nach Abschluß der Konferenz veröffentlichten *Kommuniqué* (vgl. *Osservatore Romano*, 26. 5. 76), in dem die vorhin zitierten Sätze des Papstes und des Kardinals Poma sich im Wortlaut wiederfanden. Während aber über die Stellungnahmen aus der Bischofskonferenz und die vatikanischen Einwirkungen darauf heftig spekuliert wurde, geriet über die Stellungnahme des Papstes neben den „laizistischen“ Parteien der Mitte und der Linken auch die linksliberale Presse in fast einhellige Aufregung. Ein unglücklicher Hinweis in der Rede des Papstes, daß die Einheit Italiens erst durch die Lateranverträge voll hergestellt worden sei, veranlaßte die Turiner „Stampa“ sogar zu der Frage, ob denn der italienische Staat nur von „begrenzter Souveränität“ sei. Von bekannten „Laizisten“ nahmen nur der ehemalige Staatspräsident und Führer der gemäßigten Sozialisten, Giuseppe Saragat, und der frühere Präsident des Banco d'Italia, Guido Carli, den Papst in Schutz. Ersterer mit dem Argument, was man denn von einem Papst anderes erwarte, wenn dieser Gefahr laufe, in die Lage des „Metropolitanen“ von Moskau zu geraten; letzterer unter Hinweis auf den wachsenden Meinungskonformismus in Italien.

Rechtfertigung der Betroffenen

Die katholischen Kandidaten auf der kommunistischen Liste haben ihren Schritt in der Öffentlichkeit wiederholt gerechtfertigt, zunächst in einer gemeinsamen Erklärung, später in zahlreichen Interviews und Äußerungen im Wahlkampf. Sie haben dabei

vor allem drei Argumente verwendet: 1. Die politische Krise Italiens läßt es notwendig erscheinen, daß feste Frontbildungen aufgelöst werden. Das macht es dringend notwendig, daß Katholiken möglichst in allen politischen Lagern vertreten sind. In dieser Präsenz sehen sie einen „Erweis von Vitalität“. 2. Zwischen ihrer Kirchenzugehörigkeit und der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Richtung sei ein klarer Trennungsstrich zu ziehen. Das verlange der politische Pluralismus, zu dem sich besonders durch das Zweite Vatikanum auch die Kirche bekenne. 3. Die kommunistische Partei habe sich in Richtung Demokratie

entwickelt, er ändere sich mit der sich verändernden italienischen Gesellschaft. Dieser Prozeß solle nicht blockiert, sondern gefördert werden. Was ihnen vorschwebt, ist offenbar eine Regierung der nationalen Einheit unter Einschluß der bzw. unter führender Beteiligung der Kommunisten. Davon erwarten sie einen Wiederaufschwung des Landes in Unabhängigkeit von West und Ost. Bezeichnend ist, daß in diesen Hoffnungen deutlich nationalistische Argumente mitschwingen. Sie verstehen sich als Vermittler zwischen den großen Blöcken, sind aber auf die Dauer wohl so oder so zum politischen Sektierertum verurteilt. E. U.

ältesten vietnamesischen Bischof in den Kardinalsrang zu erheben. Ebenso weitblickend war es, der voraussichtlichen politischen Entwicklung entsprechend, Hanoi kirchlicherseits herauszuheben und damit zwangsläufig zum künftigen Zentrum auch der Katholiken eines wiedervereinigten Vietnam zu machen. Besonders diese Geste dürfte bei den vietnamesischen Kommunisten auf fruchtbaren Boden gefallen sein. Aber auch das Verhalten und die öffentlichen Erklärungen der Bischöfe Nordvietnams in den letzten Jahren und der Bischöfe Südvietnams seit dem 30. April vorigen Jahres haben bestimmt nicht unwesentlich die nachgiebigere Haltung der politischen Führung Hanois beeinflusst. Schließlich kann man den ganzen Vorgang auch als Versuch Roms ansehen, die Ungeschicklichkeit bei der Ernennung des Koadjutors für den Erzbischof von Saigon, des Diem-Neffen *Nguyen Van Thuan*, eine Woche nach der Kapitulation (vgl. HK, Juli 1975, 324) wettzumachen. Das Ausreisevisum für den Erzbischof von Hanoi wäre die Honorierung dieser Bemühungen des Vatikans. Nicht unerheblich ist sicherlich auch der Nationalstolz der Vietnamesen gewesen, daß einem von ihnen eine hohe Auszeichnung zuteil wird. Zudem konnte Hanoi einer guten Presse gewiß sein und die vielen noch kurz vor der Kapitulation des Südens kursierenden Gerüchte über blutige Verfolgung gerade der Katholiken zunächst einmal Lügen strafen.

Gerade auf diesem Hintergrund erscheint die vom Nachrichtenmagazin „Time“ (7. 6. 76) verbreitete Version über die Ausreise unglaubwürdig und wenig überzeugend. Demnach soll der Erzbischof in Rom wörtlich gesagt haben: „Als ich Hanoi verließ, wurde ich von Regierungsvertretern gefragt, weshalb ich nach Rom gehe. Ich sagte ihnen wahrheitsgemäß, daß ich es nicht wisse, obwohl ich mich vage selber fragte: „Könnte ich vielleicht gerufen werden, um Kardinal zu werden?““ Nach dem Konsistorium soll er nach derselben Quelle hinzugefügt haben: „Ich hoffe, daß sie mir glauben, wenn ich ihnen erzähle, daß ich den Grund für meinen Ruf nach Rom nicht kannte.“ Aus weiteren Gesprächen

Ein Kardinal und die Situation in Vietnam

Die Ernennung des Erzbischofs von Hanoi, *Trin-nhu-Khuê*, zum Kardinal hat weltweit Überraschung ausgelöst. Während die Mutmaßungen und Gerüchte um die beiden „in pectore“ ernannten Kardinäle teilweise auch um den Erzbischof von Saigon, *Nguyen Van Binh*, kreisten, war der Hanoier Erzbischof überhaupt nicht in die Spekulationen einbezogen worden. Um so größer war das Erstaunen, als Papst *Paul VI.* während des Konsistoriums am 23. Mai den nordvietnamesischen Bischof als zwanzigsten neuen Kardinal vorstellte. Dieser war erst am Abend zuvor in Rom eingetroffen und trug noch die Bischofskleidung. Selbst der „Osservatore Romano“ schien nicht genügend auf dieses Ereignis vorbereitet zu sein, da er am 24. Mai zwar Fotos und Lebensläufe der 19 anderen Kardinäle veröffentlichte, den Erzbischof von Hanoi aber nur mit einer kleinen Notiz bedachte. Fotos von dem neuen Kardinal gab es wegen der jahrelangen Abkapselung Nordvietnams anscheinend nicht.

Mutmaßliche Beweggründe

Um die Ernennung und Ausreiseerlaubnis ranken sich erwartungsgemäß

ebenfalls viele Gerüchte. Festzustehen scheint, daß von Rom schriftlich an den Erzbischof eine Einladung zur Teilnahme am Konsistorium erging und daß dieser mit dem Schreiben bei der Regierung in Hanoi um die Genehmigung zur Reise nach Rom nachsuchte. Daß die Erlaubnis innerhalb kurzer Zeit erteilt wurde, läßt sowohl auf Auswirkungen einer innervietnamesischen Klimaänderung zwischen Staat und Kirche als auch auf vorausgegangene Kontakte zwischen dem Vatikan und Hanoi schließen, die ja während des Vietnamkrieges bereits geknüpft waren. Wenn die humanitäre Hilfe kirchlicher Organisationen für Nord- und Südvietnam in den vergangenen Jahren wohl auch niemals mit dem Hintergedanken einer dadurch eventuell zu erreichenden Verbesserung der Lage der Kirche geleistet wurde, so kann man jetzt doch sagen, daß dieser selbstlose Einsatz das Ansehen der Kirche gesteigert, manche Vorurteile abgebaut und den Weg für die nun erstmals eingeräumte Bewegungsfreiheit gebahnt hat.

Eine Reihe anderer Beweggründe und Überlegungen dürfte dabei ebenfalls eine Rolle gespielt haben. Der Papst war gut beraten, sich an das asiatische Prinzip zu halten, das Alter zu berücksichtigen und zu ehren, d. h. den